

Gießener Allgemeine vom 22. September 2016

»SPD-Vorschlag ist unsinnig«

Schulsozialarbeit: CDU für Fortsetzung der Zusammenarbeit mit freien Trägern

Gießen (pm). Die CDU-Fraktion im Kreistag spricht sich gegen das Vorhaben der SPD aus, die Sozialarbeit an Schulen den freien Trägern zu entziehen und anders zu organisieren. »Die CDU will auf die Kompetenz von Diakonischem Werk, Caritas, Arbeiterwohlfahrt und Internationalem Bund nicht verzichten«, sagte Vorsitzender Claus Spandau nach einem Treffen seiner Fraktion mit Vertretern dieser Wohlfahrtsverbände.

Die Sozialarbeit an Schulen war laut Mitteilung der Union durch eine von ihr geführte Koalition im Landkreis eingeführt und seither von unterschiedlichen Koalitionen mit der Unterstützung aller Fraktionen fortgeführt und ausgebaut worden. Die weiterführenden Schulen und ein großer Teil der Grundschulen sind mit einem Sozialarbeiter versorgt. Angeboten werden dabei Veranstaltungen sowie die Unterstützung von einzelnen Kindern mit besonderem Hilfebedarf.

Weitere Kosten vermeiden

Diese Form der aufsuchenden Jugendhilfe in Schulen trägt nach Auffassung der Christdemokraten dazu bei, Kindern und Jugendlichen in Problemsituationen zur Seite zu stehen, bevor es zu massiven Konflikten und

ausgedehntem Hilfebedarf kommt. Die Einbindung der genannten Träger bedeute, unkompliziert eine Erziehungsberatung oder sonstige Kompetenz mitnutzen zu können. Die CDU ist überzeugt, dass nicht nur die Sozialarbeit an Schulen insgesamt mittelfristig Kosten der Jugendhilfe wie bei Inobhutnahmen vermindert, sondern dass gerade die Beauftragung der freien Träger mit ihrer Kompetenz und ihren Netzwerken zu einer weiteren Vermeidung von Kosten führt.

Fachlich für abwegig hält der sozialpolitische Sprecher der Union, Dr. Gerhard Noes-



Christdemokraten und Vertreter der Freien Träger sind sich einig: Die Schulsozialarbeit soll diesen Trägern nicht entzogen werden.

ke, den Gedanken der SPD, diese Einrichtung der Jugendhilfe an ZAUG zu übertragen, das als Beschäftigungsträger keinerlei Kompetenz in der Jugendhilfe habe und nicht über das Netzwerk an Einrichtungen, Beratungsdiensten und Weiterbildungsmöglichkeiten verfüge. »Offenkundig missverstanden« habe die SPD den Auftrag von Jugendhilfe, die nicht Teil der Lehrerschaft oder des pädagogischen Konzepts darstelle. Dies gelte sowohl im bisherigen Schulbetrieb wie beim Ausbau des Nachmittagsangebots oder der Inklusion von Schülern.

Befremden löste laut CDU-Mitteilung bei dem Gespräch eine zunächst vor den Trägern geheim gehaltene Befragung der Schulen durch die sozialdemokratische Dezernentin aus, ob diese denn mit der Arbeit der Träger zufrieden seien. Offensichtlich habe man damit schon versucht, Munition gegen die freien Träger zu sammeln. Angesichts der engen Zusammenarbeit der freien Träger mit den Schulen und der dabei geäußerten Zufriedenheit, werde diese Umfrage jedoch für die SPD enttäuschend ausfallen, schreibt Landau. Da der Vorschlag der Sozialdemokraten fachlich unsinnig und finanziell für den Kreis ohne Nutzen sei, vermutet er als Hintergrund des Antrags eine Notlage bei ZAUG. (Foto: pm)